

1 **Antragsteller: FA I**

2

3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

5

6 **Für einen progressiven transatlantischen Neuanfang!**

7

8 Die Wiederbelebung und Vertiefung der transatlantischen Beziehungen ist nach der Wahl
9 Joe Bidens zum 46. US-Präsidenten überparteilicher Konsens. Wir fordern die
10 weitergehende, strategische Entwicklung und Umsetzung einer distinkt
11 sozialdemokratischen transatlantischen Agenda, basierend auf progressiven außen- und
12 innenpolitischen Ideen, den Konzepten der „Europäischen Strategischen Autonomie“ und
13 der „Foreign Policy for the Middle Class“ sowie dem Wissen, dass nur eine enge
14 transatlantische Allianz die multilaterale, wertebasierte Ordnung gegen die zunehmende
15 Erodierung durch autokratische Regime bewahren und stärken kann.

16

17 Auf **Landesebene** fordern wir:

18 1. Die Entwicklung und Umsetzung eines transatlantischen Austauschprogrammes
19 zwischen Politiker*innen und Mitarbeiter*innen der öffentlichen Verwaltung mit urbanen
20 Zentren jenseits der US-Küstengebiete mit verschiedenen thematischen Schwerpunkten
21 (u.a. Klima, Handel, Technologie). Als Beispiel kann das Programm „New Urban
22 Progress“ des Progressiven Zentrums dienen. Besonderes Augenmerk ist darauf zu legen,
23 dass mit beiden US-Kongressparteien gleichermaßen der Austausch gesucht wird.

24

25

26 Auf **Bundesebene** fordern wir:

27 1. Einen gezielten Kontaktaufbau zwischen Fraktion und Parteivorstand mit dem
28 progressiven Flügel der Demokratischen Partei sowie verwandten Organisationen
29 (z.B. „Justice Democrats“, „Center for International Policy“) und eine daraus
30 resultierende Agenda für eine gemeinsame progressive Allianz, die alle
31 außenpolitische Bereiche umfasst.

32 2. 4. Das Ziel eines nuklearwaffenfreien Europas bleibt bestehen. Die nukleare
33 Teilhabe dient jedoch der Sicherheit und dem Zusammenhalt innerhalb der NATO.
34 Einen unilateralen Ausstieg Deutschlands aus der nuklearen Teilhabe darf es daher
35 nicht geben. Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik muss immer im
36 Multilateralismus begründet sein – einen deutschen Alleingang ohne Abstimmung
37 mit unseren europäischen Partnern lehnen wir daher ab. Wir unterstützen die von
38 Bundeskanzler Olaf Scholz angekündigte Anschaffung von F-35 Flugzeugen

39 5. Eine proaktive Politik, wie bereits im Koalitionsvertrag festgesetzt, des konstruktiven
40 Engagements der Bundesregierung mit dem Atomwaffenverbotsvertrag durch
41 Teilnahme an den Vertragsstaatskonferenzen als Beobachter und Mitfinanzierer; den
42 Einsatz ggü. den Staaten der Stockholminitiative, sich ebenfalls als Beobachter zu

43 beteiligen; und die explizite Befürwortung ggü. den USA, eine "No first use" Policy
44 einzuführen.

- 45 6. Ein klares Bekenntnis zu den am 27.02. von Olaf Scholz formulierten
46 verteidigungspolitischen Zielen der „Zeitenwende“, insb. Die Einsetzung des 100
47 Mrd. EUR Sondervermögens für die Stärkung der Ausrüstung der Bundeswehr sowie
48 eine klare Ziel- und Strategieformulierung für Ausstattung und Finanzierung der
49 Bundeswehr über das Jahr 2025 hinaus. Jede Erhöhung der Verteidigungsausgaben
50 muss mit einer klar ausdefinierten Beschaffungsstrategie und -reform einhergehen
51 und dem ausschließlichen Zweck dienen, aktuelle Ausrüstungs- Ausbildungs- und
52 Abwehrdefizite der Bundeswehr sowie der EU- und NATO-Partner zu kompensieren.
53 Übergeordnetes Ziel muss stets die auf Kosten- und Kapazitäteneffizienz und -
54 ergänzung ausgelegte Integration der europäischen Sicherheits- und
55 Verteidigungspolitik (insbes. im Rahmen von PESCO) sein. Deshalb soll zudem eine
56 jährliche Evaluierung stattfinden, welche auf die Integration von Ausrüstung und
57 Abwehrsystemen entsprechend dem Ziel einer integrierten europäischen
58 Sicherheitspolitik abzielt und festlegt.
- 59 7. Die Einsetzung einer transatlantischen Evaluierungsgruppe des Afghanistan-
60 Einsatzes, um Defizite in der Kooperation und Koordinierung konsequent
61 aufzuarbeiten.

62

63 Auf **EU-Ebene** fordern wir:

- 64 1. Die zügige Operationalisierung des transatlantischen Trade and Technology Council
65 um Einheit in den Anstrengungen zur Bewältigung der Sicherheits-, Wirtschafts- und
66 Regulierungsherausforderungen im digitalen und technologischen Bereich zu fördern
67 sowie globale Standards zu setzen, die Privatsphäre, Menschenrechte, Wettbewerb
68 und Transparenz schützen.
- 69 2. Den engen Schulterschluss von Deutschland im Rahmen der Team Europe Initiative
70 mit den USA und das Vorantreiben wichtiger Zukunftsinvestitionen auf multilateraler
71 Ebene zur Erholung nach der Covid-19 Pandemie u.a. im Bereich der nachhaltigen
72 Infrastrukturentwicklung sowie Digitalisierung. Wichtige Initiativen müssen
73 gestreamlined werden. Hierbei muss ein Fokus auch auf der internationalen
74 Zusammenarbeit und entwicklungspolitischen Unterstützung anderer Länder liegen,
75 um einen solidarischen globalen Aufschwung zu ermöglichen.
- 76 3. Einen gemeinsamen Ansatz für die digitale Steuerpolitik in Form der
77 Wiederaufnahme der OECD-Verhandlungen. Regulierungs-, Wettbewerbs-, Inhalts-
78 und Datenschutzprobleme müssen in enger Abstimmung adressiert werden, um
79 globale Normen zu formen und eine nachhaltige Alternative zu autoritären
80 Kontrollversuchen digitaler Zivilsphären zu bieten.
- 81 4. Die Einsetzung einer NATO-EU Taskforce um die Koordinierung zu maximieren,
82 Fähigkeiten zu bündeln und die Umsetzung einer gemeinsamen politischen Agenda

83 sowie eines Strategiekonzepts zur Bekräftigung und Stärkung von Demokratie und
84 Rechtsstaat als Kernkonzept aller NATO-Mitgliedstaaten voranzutreiben.

85 5. Die weitere Stärkung der europäischen Verteidigungsarchitektur (GSVP) und PESCO
86 mit dem langfristigen Ziel der Schaffung einer Europäischen Armee, ein Instrument,
87 das nicht als Alternative zur NATO gedacht sein soll, sondern als europäischer Pfeiler
88 des transatlantischen Bündnisses, der die strategische Gestaltungsmacht Europas in
89 der Allianz und der Allianz selbst erhöhen würde.

90 6. Die Vertiefung der Zusammenarbeit im Energie- und Klimabereich, um die
91 europäische Abhängigkeit von russischen Energieimporten zu reduzieren und
92 gemeinsam die Energiewende in Europa und den USA sowie auf globaler Ebene zu
93 fördern, beispielsweise über die starke Umsetzung der Transatlantic Green
94 Technology Alliance, angekündigt im EU-US Summit Statement vom Juli 2021

95

96

97

98

99

100

101

102

103

104